



Liebe Freunde,

20 Jahre Deutsche Einheit. Was für ein Jubiläum! Besonders auch für mich, denn in meinem Wahlkreis war die innerdeutsche Grenze wortwörtlich direkt vor der Haustür. Heute ist davon nichts mehr zu sehen.

Als wir Außenminister Genscher in dieser Woche innerhalb der Fraktion für seine Leistungen als Architekt der Deutschen Einheit geehrt haben, schrieb er uns einen bemerkenswerten Satz ins Stammbuch: „Wer mit den fremden Wölfen heult, der wird von ihnen gefressen, wenn sie ihr Ziel erreicht haben.“ Wir sind dafür gewählt worden, unser Programm umzusetzen und nicht das des politischen Gegners. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen. Mit der Vorlage des Energiekonzepts haben wir dies getan. Wir zeigen erstmals auf, wie ein Umbau der Energieinfrastruktur realistisch unter Wahrung des Wohlstands geschehen kann.

Wir haben von den Vorgängerregierungen einen Berg von Problemen geerbt. Wir packen sie an, weil Lösungen für unser Land wichtig sind und Entscheidungen getroffen werden müssen. Das gilt für die Gesundheitsreform, für unser Energiekonzept, für die Anpassung der Hartz IV-Regelsätze, die Bundeswehrreform. Es gibt Kritik. Auch laute. Das ist in Ordnung, der Weg zu guten Lösungen führt über den Austausch von Argumenten. Ich bin überzeugt, dass wir die besseren Argumente auf unserer Seite haben.

Auch aus meinem Tätigkeitsfeld gibt es viel zu berichten. Das will ich auf den folgenden Seiten tun. Ich hoffe, dass ich dabei auf Ihr Interesse stoße.

Ich grüße Sie herzlich

Christel Happach-Kasan

Info-HAPPen

Dr. Christel Happach-Kasan
Ausgabe Herbst 2010



www.happach-kasan.de

In dieser Ausgabe:

Tierschutz	1
Deutschland	2
Deutschland und die Welt	3
Schleswig-Holstein	4
Informationsangebote	4

Tierschutz ernst nehmen

Im September demonstrierte der Deutsche Tierschutzbund für eine bessere finanzielle Ausstattung von Tierheimen. Das ist ein berechtigtes Anliegen. Tierheimen muss die Möglichkeit gegeben werden, der Versorgung von Fundtieren nachzukommen. Auch wenn die ehrenamtlich arbeitenden Tierschutzvereine sie vorbildlich unterstützen, die Aufgabe der Heime wird von Jahr zu Jahr schwieriger. Immer mehr Menschen setzen Hunde, Katzen, aber auch vermehrt Exoten aus. In den Tierheimen Roggendorf und Büchen konnte ich mich auch vor Ort von der oft angespannten Situation überzeugen.

Der FDP ist Tierschutz wichtig. So haben wir entscheidenden Anteil daran, dass der Tierschutz im Jahr 2002 ins Deutsche Grundgesetz aufgenommen wurde. Wir müssen das Bewusstsein schaffen, dass Tiere keine Sachen sind, dass sie nicht vor dem Urlaub oder nach Weihnachten einfach ausgesetzt werden dürfen. In der Verantwortung sind hier die Besitzer und diejenigen, die mit Tieren Geld verdienen. Weil die Versorgung von Fundtieren auch eine Pflichtaufgabe der Kommunen ist, sollten wir überlegen, ob die Hundesteuer in eine Hundeabgabe umgewandelt werden soll. Damit kämen die Gelder den Tierheimen und letztlich den Tieren direkt zugute.



Happach-Kasan beim „Deutschen Tierschutzbund“, dahinter Ministerpräsident Kurt Beck



Deutschland

Energiekonzept für Energiewende

Nach zehn Jahren des Ausbaus und der intensiven Förderung erneuerbarer Energien beruhen noch immer 80 Prozent unserer Energieversorgung auf fossilen Energieträgern. Zwar stehen Wind und Sonne unendlich zur Verfügung, aber leider nicht immer und auch nicht zuverlässig. Das Jahr hat 8700 Stunden, Windstrom gibt es etwa an 3000 Stunden, Solarstrom an 2000. Wir brauchen als Industriestaat jedoch eine sichere Stromversorgung auch dann, wenn der Wind nicht weht, die Sonne nicht scheint. Strom kann nur bedingt gespeichert werden. Deshalb erfordert der weitere Ausbau erneuerbarer Energien insbesondere den Ausbau des Stromnetzes und die Entwicklung besserer Stromspeicher.

Hier muss investiert und geforscht werden. Etwa 750 km Starkstromleitungen fehlen. Windstrom von der Nordsee braucht Stromleitungen zu den Endverbrauchern in Süddeutschland. Der Zubau der Leitungen muss natur- und sozialverträglich erfolgen. Das erfordert eine lange Planung. Erdverkabelungen sind zudem aufwändig und teuer. Die Entwicklung intelligenter Netze, die gleichzeitig der Stromspeicherung dienen, steht erst

am Anfang. Die weitere Erforschung der Stromspeicherung ist kostenaufwändig. Das Ziel, die Energieversorgung auf erneuerbare Energien umzustellen, ist mit heutigen Mitteln nicht erreichbar. Um die Voraussetzungen für eine ausschließliche Nutzung erneuerbarer Energien zu schaffen, brauchen wir die Kernenergie als Brückentechnologie. Sie bietet eine CO₂-freie Bereitstellung der Grundlastversorgung. Durch die Verlängerung der Laufzeit der Kernkraftwerke erzielte zusätzliche Gewinne werden der Entwicklung der Speichertechnologie dienen. Das vorzeitige Abschalten der Kernkraftwerke verhindert die Energiewende.



Solaranlagen auf Wirtschaftsgebäuden in Schleswig-Holstein

Klare Regelung für Präimplantationsdiagnostik schaffen

Das Urteil des Bundesgerichtshofs zur Präimplantationsdiagnostik (PID) hat Rechtssicherheit in einem ethisch sehr sensiblen Bereich hergestellt. Das Gericht hat festgestellt: Die PID verstößt nicht gegen das Embryonenschutzgesetz. Die PID kann Teil einer künstlichen Befruchtung sein. Dabei werden im Reagenzglas erzeugte Embryonen, bevor sie in die Gebärmutter eingepflanzt werden, auf schwere Erbkrankheiten hin untersucht. Der Bundesgerichtshof fordert, eine Regelung zur PID in das Embryonenschutzgesetz aufzunehmen. Nach meiner Meinung ist dies dringend geboten.

Der Prozess war durch die Selbstanzeige eines Berliner Arztes angestoßen worden, der PID durchgeführt hatte. Dies war ein Hilferuf im Namen von Paaren, bei denen ein Partner Überträger einer schweren Erbkrankheit ist. Es ist bisher nicht klar gewesen, ob die Untersuchung und insbesondere das gezielte Absterben lassen von genetisch belasteten embryonalen Zellen mit dem Embryonenschutzgesetz vereinbar ist. Ärzte und Paare haben sich in einer rechtlichen Grauzone bewegt. Der Deutsche Bundestag sollte nach dem Urteil nun klare rechtliche Regelungen formulieren, die die neueren Entwicklungen der Reproduktionsmedizin berücksichtigen. Dafür wird sich die FDP und werde ich mich auch persönlich einsetzen.

Eltern wünschen sich gesunde Kinder. Wir müssen respektieren, dass dies auch für Paare gilt, bei denen ein Partner Überträger einer schweren Erbkrankheit ist. Die PID hilft ihnen, gesunde Kindern zu bekommen. Sie ist eine Alternative zur pränatalen Diagnostik und erspart solchen Paaren eine Schwangerschaft auf Probe. In Großbritannien, Frankreich, Belgien ist sie erlaubt. Dortige Erfahrungen zeigen, dass die Furcht vor dem Designerbaby unbegründet ist. Auch will niemand eine Gesellschaft ohne Menschen mit Behinderung. Ich meine, wir können Vertrauen in den verantwortungsvollen Umgang von Eltern und Ärzten mit der PID haben.

Im Jahr 2009 wurden in Deutschland etwa 650.000 Kinder geboren und 110.000 Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen, darunter einige hundert Spätabtreibungen als Folge der Ergebnisse der PID. Schon 1999 hat die Bioethik-Kommission von Rheinland-Pfalz ausgeführt: „Es wäre ein Wertungswiderspruch, den Paaren, bei denen das Risiko der Übertragung eines Gendefekts festgestellt wurde, die PID aus Rechtsgründen zu verwehren, und dann diesen Paaren gleichwohl die Durchführung der Pränataldiagnostik zu erlauben, die im Fall einer festgestellten Indikationslage zum Schwangerschaftsabbruch führen kann.“ Ein Verbot der PID ist nicht gerechtfertigt.

Happach-Kasan „sehr gut“ bei Bürgerauskünften

„Abgeordnetenwatch“ ist eine Internetseite, die den Bürgern ermöglicht, ihren Abgeordneten einfach und direkt schriftliche Fragen zu stellen. Fragen und Antworten sind dann für alle einsehbar. Die Hamburger Organisation hat nun das Auskunftsverhalten aller Abgeordneten ausgewertet. Christel Happach-Kasan hatte elf von zwölf Fragen sehr ausführlich beantwortet. Aktuell sind es 15 Fragen und 14 Antworten. Die Themen sind

breit gefächert: Energieversorgung, BSE-Erkrankungen, die Einrichtung von Pflegekammern und Grüne Gentechnik. Das war den Machern von „Abgeordnetenwatch“ ein „sehr gut“ wert. Auch die anderen Abgeordneten des Kreises schnitten überdurchschnittlich gut ab. Alle Antworten finden sie auf www.abgeordnetenwatch.de und auf www.happach-kasan.de

Deutschland und die Welt

Auf Mongolei-Reise mit Dirk Niebel

Anfang August war ich gemeinsam mit Bundesentwicklungsminister Dirk Niebel fünf Tage in der Mongolei. Die Mongolei konnte das 20. Jubiläum des erfolgreichen Systemwandels von der Einparteienherrschaft zur parlamentarischen Demokratie feiern. Ein wichtiger Fortschritt gerade in diesem Jahr war zudem das vom Präsidenten verhängte Moratorium zur Todesstrafe, dem die endgültige Abschaffung baldmöglichst folgen sollte.

Bei der Reise standen einige Themen besonders im Mittelpunkt. Dabei ging es um wichtige Herausforderungen wie die nachhaltige Reduzierung der Armut und die breitenwirksame, umweltverträgliche Nutzung der Rohstoffvorkommen im Land. Um diese Herausforderungen zu meistern, wird die Bundesrepublik Deutschland die Mongolei eng unterstützen.

Bundesminister Niebel sagte der Mongolei drei Millionen Euro für ein Sondervorhaben "Rohstoffinitiative" zu. Die Rohstoffvorkommen müssen dem Wohlstand des Landes zu gute kommen und letztlich dafür zu sorgen, dass die Erlöse tatsächlich armutsmindernd wirken. Die Hilfe aus Deutschland dient dazu,

ein Konzept zu entwerfen, den Reichtum an Rohstoffen in Wohlstand für das Land zu verwandeln.

Mich hat beeindruckt, wie viele Menschen in diesem Land einen Bezug zu Deutschland haben und die deutsche Sprache beherrschen. Dies ist Folge der Entwicklungshilfe der DDR. Sie wird vom geeinten Deutschland fortgesetzt. Die Landwirtschaft ist noch sehr traditionell geprägt, eine Zweifelder-Wirtschaft mit geringen Erträgen. Damit ist sie ein Fenster in eine längst vergangene Zeit. Hier bleibe ich mit der GTZ im Gespräch, damit auch auf diesem Sektor eine Entwicklung stattfinden kann, die einem aufstrebenden Land mit seiner wachsenden Bevölkerung angemessen ist.



Landeswappen der Mongolei

Plädoyer für eine realistische Wahrnehmung der modernen Landwirtschaft

In der Ausgabe der Lübecker Nachrichten vom 29. August 2010 erschien der Artikel „Die mit dem Salat tanzt“. Er setzte sich mit den Bemühungen des Vereins „Kultursaat“ aus Ahrensburg auseinander, biologisch-dynamisches Gemüse nach den Lehren Rudolf Steiners zu ziehen. In dem Beitrag wird das Leben auf dem Bauernhof vor hundert Jahren romantisiert, idealisiert und der modernen Landwirtschaft als erstrebenswertes Vorbild gegenübergestellt. Dabei war die Arbeit knüppelhart, Pilz- und Insektenbefall bedrohte einen Großteil der Ernte und von den zwei Milliarden Menschen, die damals auf der Erde lebten, hungerte die Hälfte. Was traditionelle Landwirtschaft für die Menschen bedeutet, die davon leben müssen, wurde mir kürzlich während meines Besuchs in der Mongolei noch einmal deutlich Augen geführt worden. Traditionell bedeutet nicht automatisch gut, sondern ist mit Mühsal und Entbehrungen verbunden.

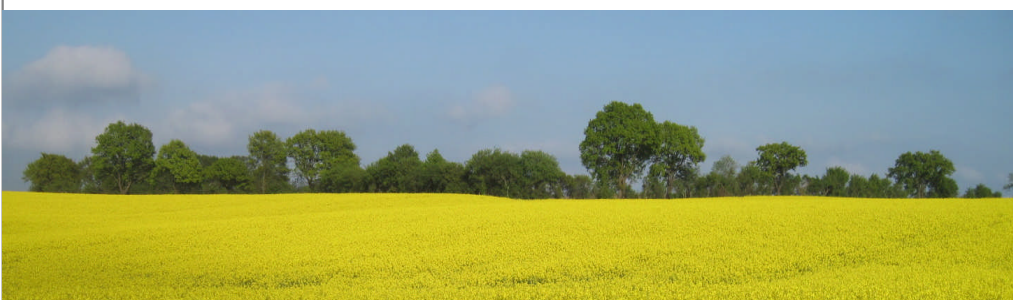
Heute leben auf der Erde sieben Milliarden Menschen. Eine optimierte Anbautechnik und verbesserte Pflanzensorten sind notwendig, um Erträge zu erzielen, die dem Bevölkerungswachstum Rechnung tragen. Es hungert immer noch eine Milliarde der Weltbevölkerung. Nur eine weitere Verbesserung der Erträge kann den Hunger auf der Erde mindern.

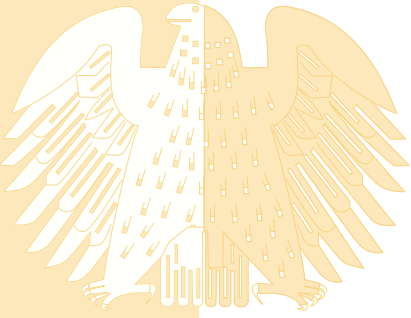
Hybridsorten sind nicht für den Nachbau geeignet, zeichnen sich aber dadurch aus, dass sie durch ihre hohen Erträge Vorteile für Landwirte, Pflanzenzüchter und Verbraucher bringen. Deswegen haben sie sich bei Raps und Mais durchgesetzt.

Auch die Grüne Gentechnologie trägt zur Lösung des Problems der Nahrungsmittelknappheit bei. Ein zentrales Problem der globalen Hungersnot ist die voranschreitende Wüstenbildung. Luc Gnacadja, Chef der UNCCD (UN-Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung), spricht sich für den Einsatz Grüner Gentechnik aus. Nur so können Pflanzensorten entwickelt werden, die trockenheitsresistent und salztolerant sind.

Die Qualität deutscher Lebensmittel hat unter modernen Anbaumethoden nicht gelitten, wie der Artikel behauptet. Das Gegenteil ist richtig. Das beweisen die Monitorings des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit. Ernährungsprobleme in unserer Wohlstandsgesellschaft entstehen nicht durch mangelnde Lebensmittelqualität, sondern sind eine Folge des Essens zu energiereicher Lebensmittel bei wenig Bewegung.

Den Glauben an die Wirkung des Suds von vergrabenen Kuhhörnern auf Pflanzen sollten wir seit der Aufklärung hinter uns gelassen haben. Es ist wichtig sich darüber im Klaren zu sein, dass die Lehren Rudolf Steiners aus dem Jahre 1924 keinen Beitrag zur ernsthaften Lösung von Problemen der Ernährung und Welternährung leisten.





Informationen aus Berlin von
Dr. Christel Happach-Kasan, MdB
(V.i.S.d.P.)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: (030) 227-70205,
Telefax: (030) 227-76113
Email: christel.happach-kasan@bundestag.de
Internet: www.happach-kasan.de

Schleswig-Holstein

Happach-Kasan vor Ort

In letzter Zeit standen viele Ereignisse und Begegnungen mit meinem Wahlkreis Herzogtum Lauenburg in Verbindung.

Berlin/ Schwarzenbek. Die Delegierten des chinesischen Unternehmens S&C, Vize-Präsident Cao Xu Dong und Vize-Direktor Wang Guo Bin, besuchten mich in Begleitung des Schwarzenbeker Bürgermeisters Herrn Frank Ruppert im Bundestag. Der chinesische Konzern will eine Zentrale für den Vertrieb ihrer Produkte in Schwarzenbek aufbauen. So könnten bis zu 1.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Ein Grund für die erfolgreiche Ansiedlung: Schwarzenbek hat als erste Stadt in Schleswig-Holstein deutsch-chinesische Wirtschaftsbeziehungen auf kommunaler Ebene hergestellt. Für erste Verhandlungen hatte ich die chinesischen Investoren bei der Visa-Beartragung gemeinsam mit Außenminister Dr. Guido Westerwelle unterstützt.



Die Bemühungen der Stadt zahlen sich nun aus und ich freue mich, meinen Teil dazu beigetragen zu haben. Am 15. Oktober sollen die Verträge nahe Shanghai unterzeichnet werden.

Geesthacht. Die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein liegt mir am Herzen. Im engen Zusammenhang damit steht auch mein Einsatz für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Auf Einladung der IHK Lübeck besuchte ich in Begleitung von Klaus-Dieter Schmidt von der IHK Lübeck und Inge Born-Naus von der FDP Geesthacht zwei Betriebe in Geesthacht, die aktuell nicht ausbilden, obwohl es ihnen möglich wäre. Besonders im Hinblick auf die demographische Entwicklungen ist es mir ein Anliegen, dass Unternehmen jetzt die Ausbildung von Fachkräften in die Hand nehmen. Wir werden sie in Zukunft brauchen. Auch deswegen habe ich mich gefreut, dass

das Unternehmen CTS Glasfasertechnik zusagte, Lehrplätze für Verfahrensmechaniker im Bereich Kunststoff- und Kautschuktechnik zu schaffen.

Im Betrieb Kfz Handel & Autoservice Badem kam vor allem das Thema Integration durch Ausbildungsplätze zur Sprache. Der türkischstämmige Inhaber, Herr Sedat Badem, hat es sich zur Aufgabe gemacht, Jugendliche aus türkischen Familien bei ihrer Ausbildung zu unterstützen. Das ist aktive Integration. Aus meiner Sicht müssen Migranten zu viele Stolpersteine auf dem Weg zu deutschen Staatsbürgerschaft überwinden. Ich halte es für bürokratischen Unfug, vor der Einbürgerung noch einen Sprachtest zu verlangen, wenn jemand einen deutschen Schulabschluss vorweisen kann.



Ratzeburg. Bei meinem Besuch der Produktionsschule der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft in Ratzeburg ging es um ein ähnliches Thema. Das Ziel der Schule ist es, Jugendlichen dabei zu helfen, ihren Hauptschulabschluss nachzuholen. Nebenbei erlernen die Schüler Fertigkeiten in Holz-Metall-Lackierarbeiten bei der Reparatur von Segelflugzeugen. Solche Einrichtungen halte ich für unverzichtbar, um jungen Menschen eine zweite Chance zu geben. Der von Bildungsminister **Dr. Eckehard Klug** geschaffene zweite Prüfungstermin für den Hauptschulabschluss wurde von den Schülern in diesem Zusammenhang als sehr motivierend empfunden.

Geesthacht. Die von der Vattenfall Europe AG gebaute Fischaufstiegstreppe in Geesthacht ist fertig. Ich habe sie gemeinsam mit Prof. Dr. Hans-Georg Priesmeier besichtigt. Sie ist die größte und modernste Fischtreppe an der Elbe und stellt einen bedeutenden Fortschritt für den Fischartenschutz dar: Fünf geschützte, wandernde Fischarten erhalten nun Zugang zu ihren Laichgebieten in der oberen Elbe und den Nebenflüssen.

Ich habe Interesse an weiteren Informationen zu folgenden Themen:

(Bitte schicken Sie uns ein Fax an 030/227-76113 oder eine E-Mail an christel.happach-kasan@bundestag.de)

- Energiekonzept der Bundesregierung**
- Festvortrag zum Thema „Biotechnologie in Deutschland“ aus Anlass des Innoplanta-Preises für den Journalisten Michael Miersch und den Wissenschaftler Dr. Stefan Rausch**
- Liberaler Vorstellungen zum Waldeigentum**
- Sonstiges:**

Name:

E-Mail:

Anschrift: